

**Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen**  
(83. - öffentliche - Sitzung am 1. Dezember 2016)

**Beratungsthemen:**

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes zur Ausführung des Gesetzes über die psychosoziale Prozessbegleitung im Strafverfahren**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6689](#)

*Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden der Deutsche Juristinnenbund sowie die Stiftung Opferhilfe Niedersachsen.*

*Der Ausschuss setzte die Beratung auf der Grundlage der Vorlage 1 des GBD fort. Er stellte die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs mit Blick auf den Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion - Vorlage 6 - zurück, um Gelegenheit zu geben, eine gemeinsam getragene Beschlussempfehlung zu erarbeiten.*

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Landwirtschaftskammer Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/6560](#)

*Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP bei Stimmenthaltung der Ausschussmitglieder der Fraktion der CDU der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.*

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Neuregelung des Besoldungsrechts sowie zur Änderung anderer dienstrechtlicher Vorschriften**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/3512](#)

*Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Haushalt und Finanzen an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.*

4. **Entwurf eines Gesetzes über die Pflegekammer Niedersachsen**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/5110](#)

*Der mitberatende Ausschuss schloss sich mit den Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der SPD und der Grünen gegen die Stimmen der Ausschussmitglieder der Fraktionen der CDU und der FDP der Empfehlung des federführenden Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Migration an, den Gesetzentwurf in geänderter Fassung anzunehmen.*